

Konsensdemokratie unter Druck? Politischer Protest in Österreich, 1975-2005

Dolezal, Martin; Hutter, Swen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dolezal, M., & Hutter, S. (2007). Konsensdemokratie unter Druck? Politischer Protest in Österreich, 1975-2005. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 36(3), 337-352. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-211407>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Martin Dolezal / Swen Hutter (München)

Konsensdemokratie unter Druck? Politischer Protest in Österreich, 1975–2005

Die vorliegende Studie untersucht das Ausmaß, die Aktionsform und die thematischen Schwerpunkte des politischen Protests in Österreich von 1975 bis 2005. Die Entwicklungen der 1990er Jahre und vor allem die Proteste gegen die Bildung der ÖVP-FPÖ-Regierung im Jahr 2000 wurden vielfach als Indikator für einen Wandel hin zu einer höheren Konfliktintensität der österreichischen Politik gesehen. Auf Basis einer systematischen Längsschnittuntersuchung weisen wir diese Interpretation zurück. Die Ergebnisse einer Inhaltsanalyse der Berichterstattung über Protestereignisse zeigen seit den 1990er Jahren ein leicht höheres Mobilisierungsniveau, jedoch keinen klaren Bruch mit stärker auf Konsens ausgerichteten Jahrzehnten. Noch immer ist unkonventionelles politisches Verhalten in Österreich deutlich geringer ausgeprägt als in vergleichbaren westeuropäischen Ländern und von einem gemäßigeren Aktionsrepertoire bestimmt. Diese empirischen Befunde werden mit dem spezifischen nationalen politischen Kontext erklärt.

*Keywords: Österreich, Konsensdemokratie, politischer Protest, Protestereignisanalyse
Austria, consensus democracy, political protest, protest event analysis*

1. Einleitung

Die vorherrschenden Charakteristika des österreichischen politischen Systems und der politischen Kultur der Bevölkerung standen in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik dem Aufkommen unkonventioneller Formen politischer Partizipation entgegen. Als Reaktion auf die von politischen und ökonomischen Krisen geprägte Entwicklung Österreichs während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts standen 1945, nach Wiedererrichtung der Republik, auf Konsensfindung abzielende Formen der Entscheidungsfindung innerhalb staatlicher und para-staatlicher Strukturen im Vordergrund. Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen, die während der Ersten Republik zum Teil gewalttätig ausgetragen worden waren (Botz 1975), sollten nun mittels konkordanzdemokratischer und korporatistischer Verfahren gelöst werden (Lehmbruch 1967; Lijphart 1999). Diese Arrangements enthielten für die Masse

der Bevölkerung wenige Partizipationschancen, besaßen jedoch aufgrund ihrer Ergebnisse eine hohe Legitimation. Das Institutionenvertrauen der BürgerInnen war stark ausgeprägt, ihr politisches Engagement konzentrierte sich auf die politischen Parteien, vor allem auf ÖVP und SPÖ. Aufgrund einer spezifischen staatlich-bürokratischen Tradition wurde Modernisierung „von oben“, durch den Staat erwartet – weniger über zivilgesellschaftliches Engagement (Hannisch 1994, 15).

Spätestens seit den 1980er Jahren sind mehrere Charakteristika der Nachkriegszeit zunächst in Frage gestellt und in weiterer Folge aufgegeben worden. Der Wandel der politischen Kultur zeigt sich in einer höheren Konfliktakzeptanz (Plasser/Ullrich 2002) und der Öffnung des Systems für neue AkteurInnen – vor allem im Parteienwettbewerb. Aus (west-)europäischer Perspektive erscheint Österreich nach dem signifikanten Abbau von Eigenheiten, den Pelinka (1995) als „Entaustriifizierung“ bezeichnete,

nicht mehr als *deviant case*. Als wichtiger Indikator dieser *Normalisierung* wurde der Bedeutungszuwachs informeller Elemente direkter Demokratie (Bürgerinitiativen, Soziale Bewegungen) gesehen (Pelinka 1991, 240ff; Campbell 1991). Die traditionellen politischen Lager sind nun nicht mehr in der Lage, neu auftretende Politikbedürfnisse zu „domestizieren“ (Pelinka/Rosenberger 2003, 83), da sich die politische Kultur der Bevölkerung von einer „subject“ hin zu einer „participant orientation“ (Pelinka 1998) gewandelt hat (vgl. auch Haller 2005; Gerlich/Pfefferle 2006, 510).

Die vorliegende Untersuchung geht der Frage nach, ob sich im Bereich des unkonventionellen politischen Verhaltens, das in weiterer Folge mit politischem Protest¹ gleichgesetzt wird, seit den späten 1970er Jahren tatsächlich ein ähnlicher Bruch konstatieren lässt, wie er für die andere zentrale politische Arena, den Parteienwettbewerb, vielfach festgestellt wurde (z.B. Dolezal 2005; Plasser/Ullram 2006). Die Analyse knüpft dabei an Theorien und Methoden der sozialen Bewegungsforschung an (vgl. McAdam et al. 1996; Snow et al. 2004) und untersucht erstmals im Längsschnitt das Protestverhalten in Österreich von 1975 bis 2005. Die der Normalisierungsthese häufig innewohnende „empirische Lücke“ (Schedler 1993) wird in diesem Bereich somit geschlossen.

Zunächst diskutieren wir die Rahmenbedingungen politischen Protests in Österreich und stützen uns dabei auf den Ansatz der politischen Opportunitätsstruktur (vgl. Kriesi 2004), danach wird die methodische Grundlage der vorliegenden Untersuchung erläutert. Schließlich werden die zentralen empirischen Befunde der Längsschnittuntersuchung vorgestellt und interpretiert. Die Ergebnisse zeigen die erwartete stärkere Protestmobilisierung seit den 1990er Jahren, jedoch keinen klaren Bruch mit stärker auf Konsens ausgerichteten Epochen wie die 1970er Jahre. Immer noch ist unkonventionelle politische Mobilisierung in Österreich deutlich geringer ausgeprägt als in vergleichbaren westeuropäischen Ländern. Die starke außerparlamentarische Mobilisierung gegen die Bildung der ÖVP/FPÖ-Regierung im Februar 2000 ist somit

als extremer Ausreißer und nicht als Anzeichen eines Epochenbruchs zu interpretieren. Wenn ein geringes Niveau an Protestverhalten und ein gemäßigttes Aktionsrepertoire² Indikatoren für das Vorhandensein einer Konsensdemokratie sind, muss Österreich demnach auch weiterhin diesem Typus zugeordnet werden.

2. Politischer Kontext und Protest

Der Forschungsstand zu politischem Protest in Österreich (Pelinka 1991; Gottweis 1997) ist, verglichen mit anderen Ländern, unbefriedigend. Die vorhandenen Darstellungen sind wenig systematisch und bedienen sich eher Strategien der anekdotischen Evidenz.³ Längsschnittuntersuchungen sind generell extrem selten, und insgesamt beziehen sich die vorhandenen Studien zu wenig auf theoretische und methodische Ansätze der vergleichenden Forschung zu sozialen Bewegungen.⁴ Meist wurden nur bestimmte Protestereignisse bzw. Bewegungen untersucht: so vor allem die StudentInnenbewegung (Fischer-Kowalski 1982; Giller 1983; Keller 1988; Marschitz/Szyszkowitz 1992; Schwendter 1996; Stoffl/Urbas 1980), die Anti-AKW-Bewegung und die Umweltbewegung mit den Kristallisationspunkten Zwentendorf und Hainburg (Götz 2005; Hauer 1986; Kok/Schaller 1986; Pelinka 1986; Preglau 1994; Schaller 1987; Wimmer 1980; Wösendorfer 1988; siehe auch Fawn 2006), die Frauenbewegung (Fischer 1986; Gaudart 1986; Geiger/Hacker 1989; Pluntz 1984), die Dritte-Welt- bzw. internationale Solidaritätsbewegung (Klement 1986; Kolland 1984; Luger 1986) sowie die Friedensbewegung der 1980er Jahre (Gusenbauer 1987; Komlosy 1983; Schneider 1984a; 1984b; Maislinger 1984). Gemeinsamer Nenner der allermeisten Studien ist die Feststellung, dass unkonventionellen Formen politischer Partizipation in Österreich eine – gerade im internationalen Vergleich – geringe Bedeutung zukommt, was unter Umständen das relativ geringe Interesse an diesem Untersuchungsgegenstand erklärt.⁵

Das geringe Ausmaß des politischen Protests wird zumeist mit Spezifika der österreichischen

politischen Kultur und Geschichte erklärt. In der vorliegenden Studie wollen wir jedoch über diese Nabelschau hinausgehen und auf Erklärungsfaktoren der komparativen Sozialforschung zurückgreifen. Die Stärke oder Schwäche unkonventioneller Mobilisierung wird in der vergleichenden Bewegungsforschung seit der frühen Pionierstudie von Eisinger (1973) primär mit dem politischen Kontext erklärt (u.a. Kitschelt 1986; Meyer 2004; Tarrow 1998), wobei wir im Folgenden auf dessen Konzeptualisierung durch Kriesi (2004; Kriesi et al. 1995) zurückgreifen. Der politische Kontext setzt sich dann aus drei Sets von Variablen zusammen: die politischen Opportunitätsstrukturen im engeren Sinne, die Akteurskonfiguration und der Interaktionskontext. Unsere nachfolgende Analyse, die vor allem die grundlegenden, eher stabilen Elemente des politischen Kontexts betont, rückt die beiden ersten Variablensets in den Vordergrund. Drei Eigenschaften der politischen Opportunitätsstrukturen werden als zentral eingestuft: die formalen institutionellen Strukturen, die informellen Verfahren bzw. die vorherrschende Strategie im Umgang mit HerausforderInnen und die traditionellen Konfliktlinien. Im Zentrum der Akteurskonfiguration, dem zweiten Variablenset, steht die Bedeutung parteipolitischer AllianzpartnerInnen. Aus der spezifischen Konfiguration dieser Faktoren entwickeln sich die strategischen Optionen und Erfolgchancen politischer HerausforderInnen (vgl. Kitschelt 1986, 58).

2.1. Politische Opportunitätsstrukturen

2.1.1. Formale institutionelle Strukturen: starker Staat und schwache Zivilgesellschaft

Die Ausgestaltung der formalen politischen Strukturen, worunter vor allem das Ausmaß der Offenheit des Zugangs zu Entscheidungsverfahren sowie die Umsetzungsmöglichkeit staatlicher Entscheidungen fallen, führt zur Differenzierung zwischen starken und schwachen Staaten (Badie/Birnbaum 1979). Aus kompara-

tiver Sicht ist Österreich weitgehend als *starker Staat* einzustufen. Dies zeigt sich bereits im Grad der Zentralisierung der Staatsgewalt, die, verglichen mit anderen Bundesstaaten, stark ausgeprägt ist (Lane/Ersson 1994, 224; Lijphart 1999, 185ff.; Pelinka/Rosenberger 2003, 223). Die Gewaltenteilung zwischen Regierung und Parlament ist aufgrund der stabilen und starken Koalitionen (bzw. Alleinregierungen) nur schwach ausgeprägt und durch eine klare Dominanz der Exekutive charakterisiert, die sich auf einen relativ starken bürokratischen Apparat stützen kann (vgl. Schnapp 2000). Verstärkt wird die relative Autonomie der administrativen Arena gegenüber neuen HerausforderInnen durch das immer noch ressourcenstarke, kohärent strukturierte und professionalisierte System der Interessenvermittlung zwischen den etablierten Verbänden in der Sozialpartnerschaft. Mit Blick auf die parlamentarische Arena lässt sich festhalten, dass das Verhältniswahlssystem zwar den Zugang für neue Parteien erleichtert, die (effektive) Anzahl der Parteien aber bis in die 1990er Jahre gering war (vgl. Dolezal 2005, 169–170). Zudem treten Österreichs Parteien geschlossen auf und zeigen im Parlament eine starke Fraktionsdisziplin, was die Anknüpfungsmöglichkeit für außen stehende AkteurInnen reduziert. Direktdemokratische Instrumente, die politischen HerausforderInnen zusätzliche Zugangsmöglichkeiten zu Entscheidungsverfahren geben, sind vorhanden, müssen jedoch als relativ schwach eingestuft werden, da Referenden von der Zivilgesellschaft nicht eingeleitet werden können und den Volksbegehren ein rein appellativer Charakter zukommt. Bis in die späten 1990er Jahre waren letztere aufgrund der damaligen Regelung der Einleitungsphase auch primär ein strategisches Instrument des Parteienwettbewerbs (Müller 1998; Plasser/Ullram 1983).

2.1.2. Informelle Strategien im Umgang mit HerausforderInnen: die Strategie der Integration

Informelle Verfahren der Entscheidungsfindung und die vorherrschende Strategie im

Umgang mit politischen HerausforderInnen variieren in vergleichender Perspektive zwischen Strategien des Ausschlusses und der Integration (Kriesi et al. 1995, 34ff.). Solche Strategien weisen eine lange Pfadabhängigkeit auf und sind somit kurz- und mittelfristig als stabil anzusehen, beruhen sie doch auf kollektiven Lernprozessen. Die typischen Charakteristika des österreichischen politischen Systems und der politischen Kultur – Konkordanz und Konsens – sprechen für eine primär *integrierende Strategie* des Umgangs mit politischen HerausforderInnen. Allerdings muss hier zwischen traditionellen und neuen Konflikten differenziert werden, da die vorhandenen formellen und informellen Strukturen, vor allem das System der Sozialpartnerschaft, primär auf klassische Cleavages wie den Gegensatz von Arbeit und Kapital bzw. von agrarischen und industriellen Interessen ausgerichtet sind. Neu aufgetretene Konflikte und AkteurInnen, etwa die Neuen Sozialen Bewegungen (NSB)⁶ in den 1970er und 1980er Jahren, konnten nicht immer in diese Strukturen eingebettet werden.

2.1.3. Die Stärke traditioneller und neuer Cleavages

Die Stärke traditioneller Cleavages und die damit verbundene Chance einer unkonventionellen Mobilisierung neuer Konflikte werden durch zwei Faktoren bestimmt: Erstens durch den Grad an Geschlossenheit (soziale Homogenität, organisatorische Integration und politische Abkapselung) und zweitens durch den Grad der Befriedung, also der Absenz einer außerparlamentarischen Mobilisierung der alten Cleavages (Kriesi et al. 1995, 3ff.). Hierbei besteht eine Art „Nullsummenhypothese“: Je geschlossener und weniger befriedet die alten Konflikte sind, desto weniger politischer Protest ist in Bezug auf neue Themen zu erwarten. Von wesentlicher Bedeutung in unserem Untersuchungszeitraum sind der Klassen-cleavage und seit den 1990er Jahren die neue Konfliktlinie zwischen GewinnerInnen und VerliererInnen der Globalisierung (vgl. Kriesi et al. 2006). In vergleichender Perspektive kann

der Klassenkonflikt in Österreich während der 1970er Jahre als geschlossen und befriedet angesehen werden.⁷ Die ihn tragenden sozialen Gruppen wurden außerparlamentarisch nicht mobilisiert und waren aufgrund ihrer Geschlossenheit – im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Ländern – für die Mobilisierung durch NSB nicht verfügbar. Seit den 1980er Jahren hat die Bedeutung der traditionellen Cleavages in Österreich abgenommen (Plasser et al. 2000), gleichzeitig haben seit den 1990er Jahren mit Globalisierung und Europäisierung verbundene Themen, worunter vor allem Forderungen nach kultureller Abgrenzung fallen, an Bedeutung gewonnen. Diese Mobilisierungspotenziale wurden jedoch relativ schnell organisiert und durch die FPÖ (und das BZÖ) in das Parteiensystem integriert (Dolezal 2005).⁸

2.2. Akteurskonfiguration: Stärke und Regierungsbeteiligung von AllianzpartnerInnen

Die Akteurskonfiguration ist, verglichen mit den zuvor genannten Strukturmerkmalen, der kurzfristig am schnellsten veränderbare Faktor des politischen Kontexts (vgl. Tarrow 1998, 77–80). Von zentraler Bedeutung sind hier die Stärke und Regierungsbeteiligung möglicher parteipolitischer AllianzpartnerInnen, wobei wir in den 1970er und 1980er Jahren den Blick vor allem auf die Linke und seit den 1990er Jahren, aufgrund einer veränderten Themenlage, verstärkt auf die Neue Rechte richten (vgl. Kriesi 1999).

Aus Sicht der NSB und all jener Gruppierungen, die der politischen Linken zugeordnet werden können, ist erstens die Frage zentral, ob die Linke als vereinte politische Kraft auftritt oder in eine gemäßigte (sozialdemokratische) und radikale (kommunistische) Strömung geteilt ist. Im Gegensatz zu Ländern wie Frankreich und Italien konnte die kommunistische Linke in Österreich (KPÖ) niemals eine relevante Rolle einnehmen, weshalb die SPÖ hier eindeutig über eine hegemoniale Stellung verfügt. In den 1970er und 1980er Jahren war sie

daher grundsätzlich in der Lage, Themen der NSB aufzunehmen, ohne einen Verlust an ihrem linken Rand zu riskieren (vgl. Gottweis 1997). Dies galt vor allem für Forderungen der Frauenbewegung, nicht aber für den Umweltbereich, da traditionelle Politikpräferenzen des Gewerkschaftsflügels einer ökologischen Strategie entgegenstanden.

Aus Sicht der politischen HerausforderInnen ist zweitens die machtpolitische Stellung der SPÖ bedeutend, da von einer Linkspartei vielfach weitergehende Reformmaßnahmen zu erwarten sind, welche die Notwendigkeit außerparlamentarischer Mobilisierung reduzieren könnten. Sollte diese These zutreffen, wäre im Untersuchungszeitraum – unter sonst gleichen Bedingungen – ein linearer *Anstieg* des Protestes linker Bewegungen zu erwarten, da der Einfluss der SPÖ auf die Regierungspolitik schrittweise abnahm: Alleinregierung (1970–1983), dominante Koalitionspartei (1983–1986), stärkere Koalitionspartei (1987–2000), Oppositionspartei (2000–2005). Konträr verhält es sich dazu bei rechten Bewegungen, die Positionen der kulturellen und politischen Abgrenzung vertreten und gerade seit den 1990er Jahren auf ein zunehmendes Mobilisierungspotenzial bauen können. Deren unkonventionelle Mobilisierung sollte, wie bereits erwähnt, durch die zunehmende Stärke und Regierungsbeteiligung ihrer Allianzpartnerin – der Neuen Rechten (FPÖ bzw. BZÖ) – eher gering ausfallen (vgl. Koopmans et al. 2005; Kriesi et al. 2006).

2.3. Hypothesen

Die – naturgemäß verkürzte – Darstellung des politischen Kontexts unkonventionellen politischen Verhaltens führt zu folgenden Erwartungshaltungen für die anschließende empirische Analyse:

Erstens sollte das generelle *Ausmaß* der unkonventionellen politischen Mobilisierung aufgrund der Stärke des Staates, die politischen HerausforderInnen weniger Mobilisierungschancen als in anderen Länder bietet, und der

angestrebten Integration in etablierte (in)formelle Verfahren relativ gering sein. Zudem bot ein befriedeter, aber dennoch geschlossener Klassenkonflikt in den 1970er und 1980er Jahren weder ein Potenzial für einen klassenbasierten Protest noch für andere Arten unkonventioneller Mobilisierung. Ähnlich verhält es sich mit der neuen, sich im Zuge der Globalisierung herauskristallisierenden Konfliktlinie, die ebenfalls schnell und erfolgreich in die parteipolitische Arena integriert wurde.

Zweitens sollte die weitgehend konsensorientierte, informelle Dimension der politischen Opportunitätsstrukturen zu einem relativ gemäßigten *Aktionsrepertoire* führen, da die politischen HerausforderInnen danach streben bzw. angeregt werden, Teil eben dieser informellen Strukturen zu werden und daher auf härtere, vor allem gewalttätige Protestformen zu verzichten.

Drittens sollte der (wenige) Protest ein relativ breites *Themenspektrum* abdecken: In den 1970er und 1980er Jahren sollte er, im Gegensatz etwa zu Frankreich, nur wenig unkonventionelle Mobilisierung im Bereich des Klassenkonfliktes aufweisen und auch weniger stark als etwa in Deutschland von den Themen der NSB dominiert sein, vor allem von jenen, die von den Parteien integriert wurden. Gleichzeitig sollten die abnehmende Bedeutung des Klassenkonfliktes und der relative Einflussverlust der SPÖ ab den 1990er Jahren zu einem stärkeren Ausmaß unkonventioneller Mobilisierung des linken Spektrums führen. Insgesamt erwarten wir, abgesehen vom letztgenannten Punkt und einer leichten Veränderung der Konsens- hin zur Konfliktkultur, für den Untersuchungszeitraum eine nur geringe Veränderung der Protestaktivität.

3. Methodik der Untersuchung

Zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen nach dem Ausmaß des politischen Protests, seiner Form sowie seiner thematischen Schwerpunkte nutzen wir im Folgenden einen neuen Datensatz zu Protestereignissen in Österreich,

der den Zeitraum von 1975 bis 2005 abdeckt.⁹ Dieser Datensatz basiert auf einer Inhaltsanalyse der medialen Berichterstattung über Protestereignisse und knüpft somit an Analysen der internationalen Bewegungsforschung an (vgl. Ekiert/Kubik 1998; Kriesi et al. 1995; Rucht 2001; Tarrow 1989). Bislang liegt eine vergleichbare Untersuchung, abgesehen von einer Studie zu konfliktreichen Großbauvorhaben (Wagner et al. 1989; 1990), für Österreich nicht vor.

Die Protestereignisanalyse (PEA) ist eine Form der quantitativen Inhaltsanalyse und entwickelte sich in den letzten Jahrzehnten zu einem der Standardinstrumente der Bewegungsforschung (vgl. Earl et al. 2004; Koopmans/Rucht 2002; Ortiz et al. 2005; Rucht et al. 1998). Diese Methode ermöglicht eine solide empirische Absicherung der Beobachtung von Protestaktivität in größeren geografischen Räumen und über eine beachtliche Zeitspanne hinweg (Koopmans/Rucht 2002, 231).¹⁰ Von entscheidender Bedeutung im Rahmen einer PEA sind die Definition eines Protestereignisses, die benutzten Quellen sowie die Samplingstrategie. Unsere Analyse knüpft im Wesentlichen an die Strategie von Kriesi et al. (1995) an: Erstens basiert die Auswahl der Untersuchungsobjekte nicht auf einer ausformulierten Definition eines Protestereignisses (vgl. Rucht et al. 1992, 4), sondern auf einer detaillierten und breiten Liste an Aktionsformen, die einen Protestcharakter aufweisen.¹¹ Zweitens wird die Berichterstattung in einer nationalen Tageszeitung codiert; im Falle Österreichs ist dies „Die Presse“, die größte im gesamten Untersuchungszeitraum verfügbare nationale Qualitätszeitung. Drittens werden nur jene Ereignisse erfasst, über die in der Montagsausgabe¹² der Zeitung berichtet wird. In einem entscheidenden Punkt gehen wir jedoch über das methodische Vorgehen von Kriesi et al. (1995) hinaus, da wir die Selektion der relevanten Artikel soweit als möglich mittels einer stichwortbasierten Suche in elektronischen Zeitungsarchiven durchführen.¹³

Die PEA im Allgemeinen und die Samplingstrategie von Kriesi et al. (1995) im Speziellen führten zu einer kritischen Debatte in der

Literatur. Gerade dem Umstand, dass die PEA eine (verzerrte) kommunikative und keine soziale Realität abbildet, ist unserer Meinung nach Rechnung zu tragen. Allerdings sind solche Verzerrungen dem Verständnis von Protest als sozialem Phänomen nicht grundsätzlich entgegengesetzt. Im Gegenteil, denn gerade diese kommunikative Realität ist von besonderer Relevanz für die Bevölkerung und die politischen Entscheidungsträger, da beide, von Ausnahmen abgesehen, erst durch die mediale Kommunikation von Protest erfahren (Koopmans/Rucht 2002, 252). Ferner sind einige der Verzerrungen ansatzweise empirisch belegt und können somit in die Interpretation der Ergebnisse einfließen. So halten auch Earl et al. (2004, 77) fest, dass die Qualitätsstandards der PEA im Vergleich zu anderen Erhebungsinstrumenten (etwa Befragungen) gut abschneiden, und die Zeitungsdaten in Kenntnis gewisser Verzerrungen effektiv eingesetzt werden können. Zu den wesentlichen empirischen Befunden zählt etwa die höhere Wahrscheinlichkeit, mit der über teilnehmerstarke und gewalttätige Ereignisse berichtet wird (vgl. McCarthy et al. 1996). Ferner führt die Berücksichtigung zusätzlicher Quellen bei einer PEA nicht grundsätzlich zu verlässlicheren Resultaten (vgl. Myers/Schaefer Caniglia 2004, 536), weshalb die Wahl einer einzigen nationalen Qualitätszeitung gerade mit Blick auf den im Vordergrund stehenden Längsschnitt nicht nur aus forschungsökonomischen Gründen berechtigt ist.¹⁴ Schließlich ist bekannt, dass die Wahl der Montagsausgabe zu einer gewissen Unterrepräsentanz der Proteste von ArbeiterInnen, LandwirtInnen und Studierenden führt (vgl. Barranco/Wisler 1999). Aus diesem Grund nehmen wir (offizielle) Streiks nicht in die Inhaltsanalyse auf, sondern stützen uns hierbei auf die vorhandenen Statistiken (vgl. Koopmans 1995, 261).

4. Ergebnisse der Protestereignisanalyse

Auf Basis unserer Untersuchung können nun auch für Österreich empirisch fundierte, quantitative Aussagen über die Entwicklung des po-

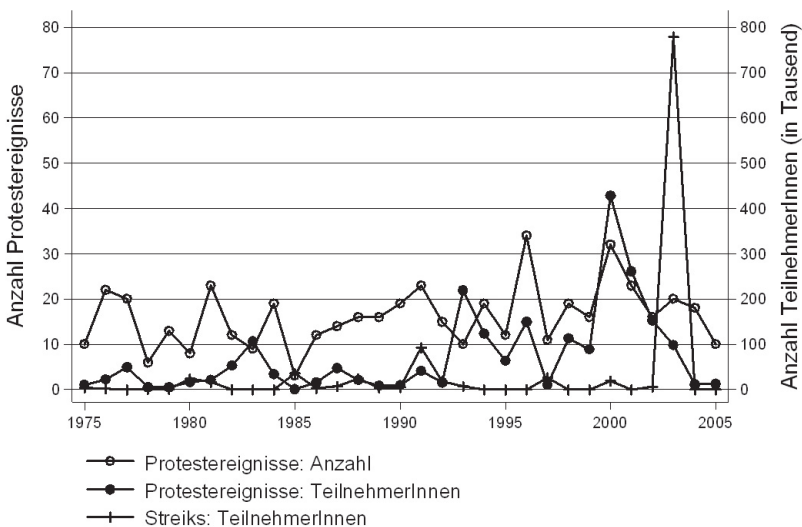
litischen Protests getroffen werden. Wir diskutieren zunächst die Entwicklung der Anzahl der Protestereignisse und der TeilnehmerInnen. Anschließend folgt eine Besprechung des Aktionsrepertoires der Proteste sowie deren thematischer Ausrichtung. Neben dem Längsschnitt werden die Ergebnisse mittels der Daten von Kriesi et al. (1995) für Deutschland, Frankreich, die Schweiz und die Niederlande von 1975 bis 1989 auch in ländervergleichender Perspektive diskutiert.

Abbildung 1 zeigt in einem Längsschnitt die Anzahl der erhobenen Protestereignisse pro Jahr sowie das Ausmaß der Beteiligung, gemessen anhand der Summe der TeilnehmerInnen bei allen Ereignissen.¹⁵ Zusätzlich erfasst sind die TeilnehmerInnen bei (offiziellen) Streiks, um die Intensität des traditionellen Klassenkonflikts abzubilden. Bei diesen Zahlen handelt es sich jedoch, wie weiter oben erwähnt, nicht um Ergebnisse der Medieninhaltsanalysen, sondern um offiziell erfasste Daten.¹⁶

Die Anzahl der Protestereignisse ist generell *extrem niedrig*; nur in den Jahren 1996 (neue StudentInnenbewegung) und 2000 (Proteste

gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung) wurden mehr als dreißig erfasst. Beide Jahre bilden kleine Gipfel in der Entwicklung, doch ist der Langzeitrend, dem aufgrund der angewandten Samplingstrategie unser Hauptaugenmerk gelten muss, keineswegs ansteigend. Zieht man die Daten von Kriesi et al. (1995, 20) zum Vergleich heran, fällt die Ereignisanzahl in Österreich rund *neunmal* geringer aus als im Mittel der dort untersuchten Länder.¹⁷ Bei der Anzahl der TeilnehmerInnen als weiterem Indikator für das Mobilisierungsniveau zeigen die Daten in Abbildung 1 erneut äußerst niedrige Werte bis in die frühen 1990er Jahre. Allein das Jahr 1983, mit einer großen Friedensdemonstration, weist einen leicht höheren Wert auf. Die Werte der 1970er und 1980er Jahre verdeutlichen somit einmal mehr die Mobilisierungsschwäche der NSB. Verglichen mit den Daten von Kriesi et al. (1995, 22) fällt das generelle Mobilisierungsniveau pro Million Einwohner¹⁸ in Österreich rund *viermal* geringer aus als in den Vergleichsländern. Seit den 1990er Jahren sind die Werte insgesamt etwas höher, einen klaren Ausreißer nach oben stellt das Jahr 2000 dar. Auch die

Abbildung 1: Partizipationsvolumen (Anzahl der Ereignisse und TeilnehmerInnen)



Streikdaten verdeutlichen das insgesamt extrem niedrige Konfliktniveau. Allein das Jahr 2003 mit dem, gemessen anhand der mobilisierten ArbeitnehmerInnen¹⁹, größten Streik in der Zweiten Republik stellt hier eine Ausnahme dar, doch in sechs von 31 erfassten Jahren gab es keinen einzigen Streik. Im internationalen Vergleich (Karlhofer 2006, 474) unterstreichen diese Zahlen das generell niedrige unkonventionelle Mobilisierungsniveau in Österreich und belegen die Befriedung des traditionellen Klassenkonflikts. Zusammenfassend weisen alle drei diskutierten Indikatoren auf eine in vergleichender Perspektive geringe Protestmobilisierung hin. Zudem nimmt die Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse im Untersuchungszeitraum kaum zu, wobei allerdings einige besonders mobilisierungsstarke Ereignisse, wie das „Lichtermeer“ (1993), die Protestlandschaft seit den 1990er Jahren prägten.

Die Analyse der Protestformen (Tabelle 1) weist auf ein relativ *gemäßigtes* Aktionsrepertoire hin. Rund 72 Prozent aller Ereignisse entfallen auf die Kategorien „Petitionen“, „Festivals“ und „demonstrative Formen“. Zudem liegt deren realer Anteil wohl noch höher, da die Medien gewalttätige Proteste aufgrund ihres höheren Nachrichtenwerts in der Berichterstattung eher berücksichtigen. Auch der für 1975 bis 1989 mögliche Ländervergleich betont für Österreich ein gemäßigtes Aktionsrepertoire (vgl. Kriesi et al. 1995, 50).²⁰ Der Längsschnitt zeigt generell nur wenige Veränderungen, allein

der Anteil an Ereignissen mit schwerer Gewalt (Gewalt gegen Personen, Brandstiftung) erreichte nie mehr den Wert der 1970er Jahre.²¹ So findet sich im Datensatz für den Beginn des 21. Jahrhunderts kein einziges Ereignis dieser Art.

Von zentraler Bedeutung ist schließlich die Frage, welche thematischen Ziele die einzelnen Protestereignisse und die dort mobilisierten AktivistInnen verfolgten; Tabelle 2 zeigt dies aufgeteilt nach Jahrzehnten und stützt sich auf das Kategoriensystem von Kriesi et al. (1995). Auf Basis des Anteils an Protestereignissen dominieren folgende Themen über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg: die Umweltbewegung (17,8 Prozent), dazu die Anti-AKW-Bewegung (5,8), die StudentInnenbewegung (7), der Rechtsextremismus (6,6), der Anti-Rassismus (6,2) und die ArbeiterInnenbewegung (5,6).²² In Bezug auf die mobilisierten TeilnehmerInnen sind es – und dies zeigt einmal mehr deren ungewöhnlich starke Mobilisierung – die Proteste gegen die ÖVP-FPÖ-Koalition (15,8)²³; ferner die Homosexuellenbewegung (16,4), die Anti-Rassismus-Bewegung (14,3) mit dem Kristallisationspunkt „Lichtermeer“, die Umweltbewegung (12,6) und die Friedensbewegung (10,4). Die prominente Stellung der Homosexuellenbewegung stellt jedoch hinsichtlich der TeilnehmerInnen einen Grenzfall dar, da hier vor allem die seit 1996 jährlich in Wien abgehaltene „Regenbogenparade“ (Repnik 2006, 133ff.) erfasst wurde.²⁴

Tabelle 1: Aktionsformen der Protestereignisse (Prozentwerte)

	1975–1979	1980–1989	1990–1999	2000–2005	Total
Petitionen	7,0	11,4	16,3	14,3	13,3
Festivals	1,4	2,3	1,7	3,4	2,2
demonstrative Formen	47,9	61,4	55,1	60,5	57,0
konfrontative Formen	23,9	19,7	16,9	18,5	19,0
leichte Gewalt	5,6	2,3	2,8	3,4	3,2
schwere Gewalt	14,1	3,0	7,3	0,0	5,4
N	(71)	(132)	(178)	(119)	(500)

Quelle: eigene Erhebung

Tabelle 2: Thematische Zuordnung der Protestereignisse (Prozentwerte)

	1975-1979		1980-1989		1990-1999		2000-2005		Total	
	Ereignisse Teilnehmer- Innen	Innen	Ereignisse Teilnehmer- Innen	Innen	Ereignisse Teilnehmer- Innen	Innen	Ereignisse Teilnehmer- Innen	Innen	Ereignisse Teilnehmer- Innen	Innen
Friedensbewegung	0,0	0,0	7,6	53,1	3,9	1,8	4,2	4,5	4,4	10,4
Anti-AKW-Bewegung	9,9	15,3	8,3	7,9	2,8	5,9	5,0	0,8	5,8	4,3
Umwelbewegung	4,2	0,9	20,5	8,9	23,6	27,9	14,3	1,7	17,8	12,6
Anti-Rassismus	5,6	2,3	5,3	1,7	7,3	34,1	5,9	2,5	6,2	14,3
andere Solidaritätsbewegungen	4,2	1,4	3,8	1,3	6,2	0,4	1,7	0,0	4,2	0,4
Autonomiebewegung	2,8	0,3	1,5	0,0	0,0	0,0	0,8	0,1	1,0	1,0
andere gegenkulturelle Bewegungen	1,4	0,0	3,8	0,8	1,1	0,1	0,8	0,1	1,8	0,2
Homosexuellenbewegung	0,0	0,0	0,8	0,3	1,1	7,3	2,5	31,2	1,2	16,4
Frauenbewegung	4,2	22,1	4,5	1,4	0,6	0,1	0,0	0,0	2,0	1,1
<i>Summe NSB</i>	32,4	42,3	56,1	75,4	46,6	77,5	35,3	40,8	44,4	59,7
Gegenmobilisierung zu NSB	2,8	4,8	3,0	0,3	1,7	0,0	3,4	4,4	2,6	2,2
StudentInnenbewegung	8,5	17,3	3,0	2,7	5,6	4,4	12,6	5,6	7,0	5,2
andere Bildungsfragen	1,4	2,5	3,0	1,9	3,9	2,5	0,8	0,1	2,6	1,4
BürgerInnenrechte	2,8	0,0	0,0	0,0	1,1	5,6	0,0	0,0	0,8	2,1
ArbeiterInnenbewegung	1,4	0,0	3,0	9,6	4,5	1,7	12,6	6,4	5,6	4,8
andere Mobilisierung von Links	4,2	1,9	4,5	0,6	3,9	0,6	5,9	1,0	4,6	0,8
Rechtsextremismus	7,0	0,6	3,0	0,1	10,7	1,0	4,2	0,5	6,6	0,6
andere Mobilisierung von Rechts	8,5	9,4	4,5	2,3	4,5	2,2	0,8	0,0	4,2	1,5
regionale Mobilisierung	19,7	17,5	3,0	1,5	1,1	1,0	0,8	1,6	4,2	2,0
Bauernmobilisierung	5,6	2,1	2,3	0,4	1,7	0,2	0,8	0,1	2,2	0,2
AusländerInnenmobilisierung	0,0	0,0	4,5	2,9	6,7	2,0	0,8	0,1	3,8	1,2
Anti-ÖVP/FPÖ-Koalition	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15,1	36,2	3,6	15,8
andere Mobilisierung (Rest)	5,6	1,7	9,8	2,3	7,9	1,2	6,7	3,4	7,8	2,4
<i>Summe andere Mobilisierung</i>	67,6	57,7	43,9	24,6	53,4	22,5	64,7	59,2	55,6	40,3
N	(71)	(132)	(178)	(119)	(500)					

Quelle: eigene Erhebung

Generell ist das Bild von einer großen thematischen Vielfalt geprägt. Zudem zeigt sich, dass auf Basis der Protesthäufigkeit die Themen der NSB etwas weniger mobilisieren als die restlichen Themen, wogegen die NSB im gesamten Untersuchungszeitraum mehr TeilnehmerInnen mobilisierten. Dieser Umstand trifft etwas abgeschwächt auch auf die Jahre 1975 bis 1989 zu und ist in vergleichender Perspektive einzigartig (vgl. Kriesi et al. 1995, 20–22).

Ein Vergleich der thematischen Schwerpunkte nach Jahrzehnten zeigt in der Zielsetzung der Proteste relevante Unterschiede: In den 1970er Jahren ist das Bild insgesamt noch relativ differenziert. Bei den Ereignissen nehmen Proteste mit regionalem Bezug, darunter vor allem der Konflikt zwischen der deutsch- und der slowenischsprachigen Bevölkerung Kärntens, die führende Rolle ein.²⁵ Protestereignisse der Anti-AKW-Bewegung, die letztlich in der ersten Volksabstimmung der Zweiten Republik gipfelten (Pelinka 1983), der StudentInnenbewegung sowie der Mobilisierung von Rechts, worunter etwa die Proteste gegen die Erhöhung der LKW-Steuer im Jahr 1978²⁶ fallen, liegen gleich auf. Aufgrund der insgesamt sehr geringen Mobilisierung ist der regionalspezifische Konflikt auch hinsichtlich der Zahl der TeilnehmerInnen prominent platziert. Dies gilt auch für die Frauenbewegung, die StudentInnenbewegung und die Anti-AKW-Bewegung. Generell dominieren aber sowohl in Hinblick auf die Anzahl der Ereignisse als auch hinsichtlich der TeilnehmerInnen traditionelle Konfliktfelder. In den 1980er Jahren ist das Gesamtbild deutlich homogener, da die Themen der NSB – besonders mit Blick auf die Anzahl der Mobilisierten – überwiegen: dazu zählen die Friedensbewegung, die Umweltbewegung und die Anti-AKW-Bewegung. Die Dominanz der Friedensbewegung (53,1 Prozent der TeilnehmerInnen) ist auf den Beginn des Jahrzehnts zurückzuführen, vor allem auf die beiden großen Friedensdemonstrationen von 1982 und 1983. Mit Blick auf die Anzahl der TeilnehmerInnen war die ArbeiterInnenbewegung ebenfalls relativ prominent vertreten. In den 1990er Jahren verschwinden zwei zentrale Komponenten der NSB

aus dem Blickfeld der Analyse: die Friedensbewegung und die Anti-AKW-Bewegung. Auf nationaler Ebene war der Anti-AKW-Konflikt spätestens seit dem Reaktorunfall von Tschernobyl (1986) beendet. Allerdings kam es nicht zu einem völligen Abbau der Mobilisierung, da sich der Konflikt auf die Beziehung Österreichs mit seinen Nachbarstaaten verschob (Fawn 2006). Das Umweltthema blieb weiterhin zentral, in Bezug auf die TeilnehmerInnenzahlen weisen die Homosexuellen- und vor allem die Anti-Rassismus-Bewegung ein deutlich gestiegenes Mobilisierungsniveau auf. Und auch deren Gegenstück, die rechtsextreme Mobilisierung²⁷, bestimmt nun die Protestlandschaft. Die erste Hälfte des neuen Jahrzehnts wird, wie bereits mehrfach erwähnt, von den Protesten gegen die Regierungsbildung im Jahr 2000 geprägt. Mit Entscheidungen der ÖVP-FPÖ-Koalition verbunden sind zudem die StudentInnenproteste gegen die Einführung von Studiengebühren sowie die Proteste der ArbeiterInnenbewegung, deren hohes Mobilisierungsniveau durch die Streikwelle im Zuge der Pensionsreform 2003 unterstrichen wird. Relativ an Bedeutung verloren hat die Umweltbewegung. Einzig das hohe Mobilisierungsniveau der Homosexuellenbewegung führt dazu, dass die Themen der NSB im Vergleich zu traditionellen Konfliktfeldern zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht noch weniger stark mobilisieren als in den 1970er Jahren.

5. Zusammenfassung

Die seit den 1980er Jahren aufgetretenen Veränderungen der österreichischen Politik wurden vielfach als sehr weitgehend eingeschätzt. Die hier vorgestellte Studie untersuchte nun erstmals mittels einer PEA die Entwicklung des Protestverhaltens im Längsschnitt und ging dabei der Frage nach, ob sich, wie etwa im Parteienwettbewerb, auch in dieser Arena signifikante Veränderungen konstatieren lassen.

Die Analyse des politischen Protests im Zeitraum von 1975 bis 2005 zeigte einen nur schwachen Zuwachs an Protestereignissen. Die The-

se, wonach das Jahr 2000 mit seinen heftigen Protesten gegen die Regierungsbildung einen Wendepunkt in Bezug auf unkonventionelle politische Mobilisierung darstellte, muss daher zurückgewiesen werden. Im internationalen Vergleich ist das Protestverhalten in Österreich immer noch schwach ausgeprägt. Dies zeigen nicht nur die von uns erwähnten vergleichenden Protestereignisanalysen für den Zeitraum von 1975 bis 1989²⁸, sondern auch aktuelle Ergebnisse der Umfrageforschung (vgl. Norris et al. 2005, 199). Ferner bestätigen unsere Daten den Eindruck, dass die NSB in vergleichender Perspektive erst spät, in den 1980er Jahren mobilisierten (vgl. Gottweis 1997) und niemals so stark wie in anderen westeuropäischen Ländern. Unsere Daten ermöglichen es auch, die Entwicklung einzelner Komponenten dieser Bewegungsfamilie nachzuzeichnen: Auf Basis der mobilisierten TeilnehmerInnen sehen wir eine starke Rolle der Frauen- und Anti-AKW-Bewegung in den 1970er Jahren, der Friedensbewegung in den 1980er Jahren, der Anti-Rassismus- und Umweltbewegung in den 1990er Jahren sowie der Homosexuellenbewegung in den 2000er Jahren. Insgesamt haben seit den 1990er Jahren alte und neue Bewegungen der politischen Linken (ArbeiterInnen, Studierende, Anti-Rassismus-Initiativen), nicht zuletzt als Reaktion auf den Aufstieg der Neuen Rechten, relativ stärker zum Mittel außerparlamentarischer Mobilisierung gegriffen, doch bleibt deren Ausmaß immer noch gering. Zudem ist das Aktionsrepertoire während des gesamten Untersuchungszeitraums in für Österreich typischer Weise gemäßigt.

Unsere empirischen Befunde decken sich mit den aus dem politischen Kontext hergeleiteten Hypothesen. Die Ursachen für diese überraschende Stabilität sind daher in den spezifischen, immer noch relativ stabilen Ausprägungen der politischen Opportunitätsstrukturen und Akteurskonfigurationen zu suchen. Dazu zählen vor allem der Charakter Österreichs als starker Staat und die Absicht der politischen HerausforderInnen, in informelle Verfahren der Entscheidungsfindung eingebunden zu werden. Ein zentraler Grund für die geringe außerparla-

mentarische Mobilisierung ist schließlich die starke Bindekraft der parteipolitischen Arena. Die Anzahl der Parteien und die ideologische Polarisierung des Parteiensystems haben im Untersuchungszeitraum zugenommen. Neue politische Forderungen oder auch nur diffuse Unzufriedenheit mit politischen Eliten finden in Österreich deshalb primär in institutionellen Bahnen ihr Gehör.

ANMERKUNGEN

- 1 Van Deth (2003) bietet einen Überblick über verschiedene Formen politischer Partizipation.
- 2 Generell bezeichnet das Konzept „repertoires of contention“ (Tilly 1986) das wiederkehrende, vor-aussagbare und begrenzte Set an spezifischen Protesttaktiken oder -formen, die von kollektiven Akteuren in einer Kampagne benutzt werden. Mit dem Begriff „Aktionsrepertoire“ verweisen wir auf die für ein Land typischen Protestformen.
- 3 Eine systematische Analyse für das Bundesland Salzburg boten jedoch Kandolf und Morscher (1987).
- 4 Vgl. u.a. Foltin (2004).
- 5 So ist etwa im jüngsten Überblickswerk über Politik in Österreich (Dachs et al. 2006) kein einschlägiges Kapitel vorhanden.
- 6 Die Neuen Sozialen Bewegungen umfassen die Umweltbewegung, die Anti-Atomkraftbewegung, die Friedensbewegung, die Solidaritätsbewegung, die Frauenbewegung, die Autonomienbewegung und weitere Bewegungen zum Schutz diskriminierter Minderheiten (z.B. die Homosexuellenbewegung) (vgl. Kriesi et al. 1995, xviii).
- 7 Bis in die 1970er Jahre war die Erklärungskraft der Sozialstruktur für das Wahlverhalten größer als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern (Haerpfer/Gehmacher 1984; Haerpfer 1985). Zudem wurden die beiden Lager durch starke Verbände organisatorisch integriert und durch die Großparteien politisch vertreten. Dies zeigt sich empirisch auch an der – gerade in vergleichender Perspektive – immer noch großen Zahl an Parteimitgliedern (Mair/Van Biezen 2001).
- 8 Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang der 1995 erfolgte EU-Beitritt. Dieses Thema gab jedoch aufgrund seiner Einbettung in den Parteienwettbewerb und der verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Abhaltung einer Volksabstimmung kaum Anlass zu politischem Protest.
- 9 Dieser Datensatz entstand im Rahmen des laufenden Projektes „Politischer Wandel in entgrenzten Räumen. Nationale und transnationale Kampagnen

- im Vergleich“ (SFB 536 „Reflexive Modernisierung“, Teilprojekt C5). Die Projektleitung obliegt Edgar Grande (Universität München) und Hanspeter Kriesi (Universität Zürich). Swen Hutter beaufsichtigte die Selektion und Codierung der Zeitungsartikel durch die studentischen Hilfskräfte Simone Bender, Hanna Schwenzer und Sonja Stollreiter.
- 10 Die zweite zentrale Forschungsstrategie für solche Fragestellungen, vor allem in Nachfolge der klassischen Studie „Political Action“ (Barnes/Kaase 1979), ist die Umfrageforschung.
 - 11 Die Liste umfasst demonstrative (z.B. Unterschriftensammlung, Demonstration), konfrontative (z.B. Hungerstreik, Besetzung) und gewalttätige Formen (z.B. Entführung, Brandanschlag).
 - 12 Wir codierten alle Ereignisse, die in der Montagsausgabe erwähnt wurden und sich im Zeitraum eine Woche vor bzw. nach Erscheinen der Zeitung ereignet haben. Zudem codierten wir jeweils die folgende Wochentagsausgabe, wenn am Montag aufgrund eines Feiertages keine Zeitung erschienen ist.
 - 13 Die Ausgaben der Presse sind ab Mai 1993 über die Datenbank Factiva (<http://www.factiva.com/de/>) verfügbar. Für das Jahr 2000 wurde das Selektionsverfahren auf Basis der Papierausgabe (manuelle Selektion) mit der elektronischen Selektion verglichen, wobei 82 Prozent der Protestereignisse mit beiden Selektionsverfahren entdeckt wurden (n=34). Ein Ereignis wurde nur bei der manuellen Selektion gefunden, wogegen die elektronische Suche vier zusätzliche Ereignisse lieferte. Diese Resultate decken sich mit einem umfassenderen Pretest für die Schweiz (Neue Zürcher Zeitung 1993–1999; n=464). Ein Vergleich über die verschiedenen Variablen (u.a. TeilnehmerInnenzahlen, Themen, Formen, Jahre) hinweg zeigt aber, dass der relative Anteil der Beobachtungen und somit die Interpretation der Ergebnisse bei beiden Selektionsverfahren nahezu ident sind.
 - 14 Um die Verzerrung aufgrund dieser Auswahl einzuschätzen, verglichen wir für das Jahr 2000 die Berichterstattung der Presse mit derjenigen des Standards. Keine Unterschiede gab es bei der Anzahl der Ereignisse (n=32), nahezu gleich waren die Anzahl der ProtestteilnehmerInnen und die Verteilung auf die verschiedenen Aktionsformen. Stärkere Unterschiede zeigten sich bei der Themenvariable, da der Standard u.a. einen höheren Anteil an Anti-Regierungs-Protesten (60 Prozent) als die Presse (43 Prozent) enthielt. Allerdings ist die Berichterstattung der beiden Zeitungen bezüglich der Rangfolge der verschiedenen Themenbereiche sehr ähnlich.
 - 15 Fehlende TeilnehmerInnenzahlen wurden durch den Medianwert der übrigen Protestereignisse mit gleicher Aktionsform ersetzt. Diese Vorgehensweise ist robuster gegenüber Ausreißern als der arithmetische Mittelwert.
 - 16 Vgl. <http://wko.at/statistik/Extranet/Langzeit/Lang-Streiks.pdf> [14.6.2007].
 - 17 Natürlich muss diese Zahl mit Vorsicht interpretiert werden, da u.a. die Größe eines Landes und der Gesamtumfang der Berichterstattung die Anzahl der Protestereignisse beeinflussen.
 - 18 Dieser Wert bezieht sich wiederum auf die Jahre 1975 bis 1989 und beinhaltet auch die Streikdaten.
 - 19 Nimmt man jedoch die Streiktage bzw. Streikminuten pro ArbeitnehmerIn als Referenzwert, wurde 1950 der bislang höchste Wert erreicht.
 - 20 Der relative Anteil demonstrativer Formen (inkl. Petitionen und Festivals) ist in Österreich – nach der Schweiz – am zweithöchsten.
 - 21 Dazu zählten etwa Aktionen der linken „Justizguerillos“.
 - 22 Die in Tabelle 2 mit 7,8 Prozent ausgewiesene Kategorie „andere Mobilisierung (Rest)“ ist für nicht einordenbare Protestereignisse reserviert und wird hier nicht berücksichtigt.
 - 23 Diese Proteste könnten auch der Kategorie „andere Mobilisierung von Links“ zugeordnet werden. Wir entschieden uns aber für die Bildung einer eigenen Kategorie.
 - 24 Der Protestcharakter dieser Veranstaltung ist jedoch stärker ausgeprägt als dies etwa bei den Festivals der Parteien der Fall ist. Daher ist z.B. das Donauinselfest der Wiener SPÖ nicht als Protestereignis erfasst worden.
 - 25 Der Höhepunkt dieses Konfliktes, die als „Ortsstafelsturm“ bezeichnete gewaltsame Entfernung zweisprachiger Ortstafeln, fand jedoch bereits im Herbst 1972 und somit vor Beginn unseres Untersuchungszeitraums statt (vgl. Gstettner 2004; Kriechbaumer 1981, 175–209).
 - 26 Diese Proteste wurden nicht der Kategorie „Gegenmobilisierung zu NSB“ zugewiesen, da in den von uns codierten Artikeln weder die Befürworter noch die Gegner der Steuererhöhung das Thema Umwelt erwähnten.
 - 27 Dazu zählen u.a. der Anschlag auf die Roma-Familie in Oberwart, verschiedene Aufmärsche deutschnationaler StudentInnengruppen sowie Proteste gegen Asylunterkünfte.
 - 28 Im Rahmen unseres Projektes (vgl. EN 9) entsteht ein Datensatz, der Protestereignisse in sechs Ländern (Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, Niederlande und Großbritannien) über den Zeitraum von 1975 bis 2006 erfassen wird.

LITERATURVERZEICHNIS

Badie, Bertrand/Pierre Birnbaum (1979). *Sociologie de l'état*, Paris.

- Barnes, Samuel H./Max Kaase (1979). Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills.
- Barranco, Jose/Dominique Wisler (1999). Validity and systematicity of newspaper data in event analysis, in: *European Sociological Review*, 15(3), 301–322.
- Botz, Gerhard (1975). Gewalt und politisch-gesellschaftlicher Konflikt in der Ersten Republik (1918 bis 1933), in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 4(4), 511–534.
- Campbell, David (1991). Der politische Paradigmenbruch in Österreich. Bürgerinitiativen und Volksabstimmungen als demokratiepolitische Phänomene, in: *SWS-Rundschau*, 31(2), 211–222.
- Dachs, Herbert/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos (Hg.) (2006). Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien.
- Dolezal, Martin (2005). Globalisierung und die Transformation des Parteienwettbewerbs in Österreich. Eine Analyse der Angebotsseite, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 34(2), 163–176.
- Earl, Jennifer/Andrew Martin/John D. McCarthy/Sarah A. Soule (2004). The Use of Newspaper Data in the Study of Collective Action, in: *Annual Review of Sociology*, 30, 65–80.
- Eisinger, Peter K. (1973). The Conditions of Protest Behavior in American Cities, in: *American Political Science Review*, 67(1), 11–28.
- Ekiert, Grzegorz/Jan Kubik (1998). Contentious Politics in the New Democracies: East Germany, Hungary, Poland, and Slovakia, 1993–98, in: *World Politics*, 50(4), 547–581.
- Fawn, Rick (2006). The Temelin nuclear power plant and the European Union in Austrian-Czech relations, in: *Communist and Post-Communist Studies*, 39(1), 101–119.
- Fischer-Kowalski, Marina (1982). Zur Entwicklung von Universität und Gesellschaft in Österreich, in: Heinz Fischer (Hg.): *Das politische System Österreichs*, Wien, 571–624.
- Fischer, Erica (1986). Frauenbewegung in Österreich, in: Anni Bell/Eva Fleischer/Hildegard Knapp/Itta Tenschert (Hg.): *Furien in Uni-Form? Dokumentation der 3. Österreichischen Frauensommeruniversität Innsbruck 1986*, Innsbruck, 23–27.
- Foltin, Robert (2004). Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich, Wien.
- Gaudart, Dorothea (1986). Frauenbewegung und Frauenbewußtsein in Österreich, in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1985, 155–175.
- Geiger, Brigitte /Hanna Hacker (1989). Donauwalzer. Damenwahl. Frauenbewegte Zusammenhänge in Österreich, Wien.
- Gerlich, Peter/Roman Pfefferle (2006). Tradition und Wandel, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos (Hg.): *Politik in Österreich. Das Handbuch*, Wien, 501–511.
- Giller, Joachim (1983). Soziale Bewegung und Wertwandel in Österreich. Von der „Studentenbewegung“ zu den „Grünen“ und „Alternativen“, Dissertation Universität Wien.
- Gottweis, Herbert (1997). Neue soziale Bewegungen in Österreich, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Franz Horner/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos (Hg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik*, Wien, 342–358.
- Götz, Rudolf (2005). Öffentlichkeitsmobilisierung und partizipative Demokratie. Der österreichische (grüne) Gentechnikkonflikt, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 34(1), 73–89.
- Gstettner, Peter (2004). „... wo alle Macht vom Volk ausgeht“. Eine nachhaltige Verhinderung. Zur Mikropolitik rund um den „Ortstafelsturm“ in Kärnten, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33(1), 81–94.
- Gusenbauer, Alfred (1987). Die österreichische Friedensbewegung. Träger, Strukturen und Aktivitäten zwischen 1980 und 1986, Dissertation Universität Wien.
- Haller, Max (2005). Auf dem Weg zur mündigen Gesellschaft? Wertwandel in Österreich 1986 bis 2003, in: Wolfgang Schulz/Max Haller/Alfred Grausgruber (Hg.): *Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986–2004*, Wiesbaden, 33–73.
- Hanisch, Ernst (1994). Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien.
- Haerpfer, Christian/Ernst Gehmacher (1984). Social Structure and Voting in the Austrian Party System, in: *Electoral Studies*, 3(1), 25–46.
- Haerpfer, Christian (1985). Austria, in: Ivor Crewe/David Denver (Hg.): *Electoral Change in Western Democracies. Patterns and Sources of Electoral Volatility*, London, 264–286.
- Hauer, Wolfgang (1986). Die Ereignisse um den geplanten Kraftwerksbau in Hainburg aus rechtlicher Sicht, in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1985, 75–92.
- Kandolf, Manfred/Thomas Morscher (1987). „Bürger und Politik im Bundesland Salzburg: Die Organisations-, Sozial- und Aktionsstruktur Neuer Sozialer Bewegungen am Beispiel von Salzburger Initiativgruppen“, in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1986, 507–535.
- Karlhofer, Ferdinand (2006). Arbeitnehmerorganisationen, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos (Hg.): *Politik in Österreich. Das Handbuch*, Wien, 462–479.
- Keller, Fritz (1988). Wien, Mai 1968 – eine heiße Viertelstunde, Wien.

- Kitschelt*, Herbert (1986). Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies, in: *British Journal of Political Science*, 16(1), 57–85.
- Klement*, Joseph (1986). Die Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich und die österreichische Südafrika-Politik, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 15(2), 183–196.
- Kok*, Franz/Christian *Schaller* (1986). Restrukturierung der Energiepolitik durch neue soziale Bewegungen? Die Beispiele Zwentendorf und Hainburg, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 15(1), 61–73.
- Kolland*, Franz (1984). Der Beitrag der Dritte-Welt-Bewegung zur politischen Kultur Österreichs – Wirkung und Einflusnahme auf die österreichische Entwicklungspolitik, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 13(2), 165–181.
- Komlosy*, Andrea (1983). Friedensbewegung im Spannungsfeld zwischen „friedlicher Koexistenz“ und antiimperialistischer Solidarität, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 12(2), 199–220.
- Koopmans*, Ruud (1995). Appendix: The Newspaper Data, in: Hanspeter *Kriesi*/Ruud *Koopmans*/Jan Willem *Duyvendak*/Marco *Giugni*. *New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis*, Minneapolis, 253–273.
- Koopmans*, Ruud/Dieter *Rucht* (2002). Protest Event Analysis, in: Bert *Klandermans*/Suzanne *Staggenborg* (Hg.): *Methods of Social Movement Research*, Minneapolis, 231–259.
- Koopmans*, Ruud/Paul *Statham*/Marco *Giugni*/Florence *Passy* (2005). *Contested Citizenship. Immigration and Cultural Diversity in Europe*, Minneapolis.
- Kriechbaumer*, Robert (1981). *Österreichs Innenpolitik 1970–1975*, München.
- Kriesi*, Hanspeter (1999). Movements of the Left, Movements of the Right: Putting the Mobilization of Two Types of Social Movements into Political Context, in: Herbert *Kitschelt*/Peter *Lange*/Gary *Marks*/John D. *Stephens* (Hg.): *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*, Cambridge, 398–423.
- Kriesi*, Hanspeter (2004). Political Context and Opportunity, in: David A. *Snow*/Sarah A. *Soule*/Hanspeter *Kriesi* (Hg.): *The Blackwell Companion to Social Movements*, Oxford, 67–90.
- Kriesi*, Hanspeter/Edgar *Grande*/Romain *Lachat*/Martin *Dolezal*/Simon *Bornschieer*/Timotheos *Frey* (2006). Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared, in: *European Journal of Political Research*, 45(6), 921–956.
- Kriesi*, Hanspeter/Ruud *Koopmans*/Jan Willem *Duyvendak*/Marco *Giugni* (1995). *New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis*, Minneapolis.
- Lane*, Jan-Erik/Svante *Ersson* (1994). *Politics and Society in Western Europe*. Third Edition, London.
- Lehmbruch*, Gerhard (1967). *Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich*, Tübingen.
- Lijphart*, Arend (1999). *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven.
- Luger*, Kurt (1986). Vom kritischen Bewußtsein zum solidarischen Handeln. Über den Zusammenhang von Öffentlichkeitsarbeit und entwicklungspolitischer Strategie, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 15(2), 171–182.
- Mair*, Peter/Ingrid *Van Biezen* (2001). Party Membership in Twenty European Democracies, 1980–2000, in: *Party Politics*, 7(1), 5–21.
- Maislinger*, Andreas (1984). „Neue“ Österreichische Friedensbewegung(en), in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1983, 635–651.
- Marschitz*, Walter/Stefan *Szyszkowitz* (1992). Zwischen Studentenstreik und Urabstimmung. Analyse der Studentenpolitik und der Hochschülerschaftswahlen 1987 bis 1991, in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1991, 187–221.
- McAdam*, Doug/John D. *McCarthy*/Mayer N. *Zald* (Hg.) (1996). *Comparative perspectives on social movements: Political opportunities, mobilizing structures, and cultural framings*, Cambridge.
- Meyer*, David S. (2004). Protest and political opportunities, in: *Annual Review of Sociology*, 30, 125–145.
- Müller*, Wolfgang C. (1998). Party Competition and Plebiscitary Politics in Austria, in: *Electoral Studies*, 17(1), 21–43.
- Myers*, Daniel J./Beth *Schaefer Caniglia* (2004). All the Rioting That's Fit to Print: Selection Effects in National Newspaper Coverage of Civil Disorders, 1968–1969, in: *American Sociological Review*, 69(4), 519–543.
- Norris*, Pippa/Stefaan *Walgrave*/Peter *van Aelst* (2005). Who Demonstrates? Disaffected Rebels, Conventional Participants, or Everyone? in: *Comparative Politics*, 37(2), 189–205.
- Ortiz*, David G./Daniel J. *Myers*/N. *Eugene Walls*/Maria-Elena D. *Diaz* (2005). Where do we stand with newspaper data? in: *Mobilization*, 10(3), 397–419.
- Pelinka*, Anton (1983). The nuclear power referendum in Austria, in: *Electoral Studies*, 2(3), 253–261.
- Pelinka*, Anton (1986). Hainburg – mehr als nur ein Kraftwerk. Bewertung der Ereignisse um den Kraftwerksbau in Hainburg, in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1985, 93–107.
- Pelinka*, Anton (1991). The Study of Social Movements in Austria, in: Dieter *Rucht* (Hg.): *Research on Social Movements. The State of the Art in Western Europe and the USA*, Frankfurt, 230–246.

- Pelinka, Anton* (1995). Die Entastrifizierung Österreichs. Zum Wandel des politischen Systems 1945–1995, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 24(1), 5–16.
- Pelinka, Anton* (1998). Austrian Political Culture: From Subject to Participant Orientation, in: Kurt Richard *Luther/Peter Pulzer* (Hg.): Austria 1945–95. Fifty Years of the Second Republic, Aldershot, 109–119.
- Pelinka, Anton/Sieglinde Rosenberger* (2003). Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends, 2., aktualisierte Auflage, Wien.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram* (1983). Politischer Protest und politische Strategie: das Volksbegehren gegen den Neubau des Internationalen Konferenzentrums in Wien, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1982, 23–41.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram* (2002). Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens zur Konfliktkultur? Wien.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram* (2006). Das Parteiensystem Österreichs, in: Oskar *Niedermayer/Richard Stöss/Melanie Haas* (Hg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden, 351–372.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram/Franz Sommer* (Hg.) (2000). Das österreichische Wahlverhalten, Wien.
- Pluntz, Liane* (1984). Autonome Frauenbewegung in Österreich, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 13(4), 413–426.
- Preglau, Max* (1994). The State and the Anti-nuclear Power Movement in Austria, in: Helena *Flam* (Hg.): States and Anti-Nuclear Movements, Edinburgh, 37–69.
- Repnik, Ulrike* (2006). Die Geschichte der Lesben- und Schwulenbewegung in Österreich, Wien.
- Rucht, Dieter* (Hg.) (2001). Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt am Main.
- Rucht, Dieter/Peter Hocke/Thomas Ohlemacher* (1992). Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat) (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, WZB).
- Rucht, Dieter/Ruud Koopmans/Friedhelm Neidhardt* (Hg.) (1998). Acts of Dissent. New Developments in the Study of Protest, Berlin.
- Schaller, Christian* (1987). Die Österreichische Kernenergiekontroverse: Meinungs-, Bildungs- und Entscheidungsprozesse mit besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Zwentendorf bis 1981. Dokumentation – Analyse – Interpretation, Dissertation Universität Salzburg.
- Schedler, Andreas* (1993). Die politische „Normalisierung“ Österreichs. Anfragen an ein Quasi-Paradigma, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 22(1), 93–99.
- Schnapp, Kai-Uwe* (2000). Ministerial Bureaucracies as Stand-In Agenda Setters? A Comparative Description (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, WZB).
- Schneider, Heinrich* (1984a). „Friedensbewegung in Österreich“. Probleme von Identität und Differenz in einer komplexen Gruppierung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 13(2), 197–223.
- Schneider, Heinrich* (1984b). Zur Entwicklung der Friedensbewegung in Österreich. Ein Bericht mit besonderer Berücksichtigung kirchlicher Komponenten, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1983, 571–611.
- Schwendter, Rolf* (1996). Das Jahr 1968. War es eine kulturelle Zäsur? in: Reinhard *Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Tálos* (Hg.): Österreich 1945–1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, Wien, 166–175.
- Snow, David A./Sarah A. Soule/Hanspeter Kriesi* (Hg.) (2004). The Blackwell Companion to Social Movements, Oxford.
- Stoffl, Kathleen/Elfriede Urbas* (1980). Zwölf Jahre danach. Eine rückblickende Einschätzung der österreichischen Studentenbewegung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 9(3), 291–306.
- Tarrow, Sidney* (1989). Democracy and Disorder: Protest and Politics in Italy 1965–1974, Oxford.
- Tarrow, Sidney* (1998). Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics, Cambridge.
- Tilly, Charles* (1986). The Contentious French, Cambridge.
- Van Deth, Jan W.* (2003). Vergleichende politische Partizipationsforschung, in: Dirk *Berg-Schlusser/Ferdinand Müller-Rommel* (Hg.): Vergleichende Politikwissenschaft. 4. Auflage, Opladen, 167–187.
- Wagner, Eva/Ulrich Frick/Jürgen Rehm* (1989). Bautenkonflikte in Österreich 1960 bis 1987. Teil I: Vollerhebung und Analyse umstrittener Großbauprojekte, in: SWS-Rundschau, 29(4), 467–491.
- Wagner, Eva/Ulrich Frick/Jürgen Rehm* (1990). Bautenkonflikte in Österreich 1960 bis 1987. Teil II: Analyse der Koalitionsbildungen unter den Bautengegnern und Beurteilung ihrer Wirksamkeit, in: SWS-Rundschau, 30(1), 23–55.
- Wimmer, Hannes* (1980). Institutionelle und soziale Bedingungen der Entstehung von Basisinitiativen am Beispiel der Anti-KKW-Gruppen, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 9(1), 57–66.
- Wösendorfer, Hans* (1988). „Hainburg“ – Konflikt und Planung, in: Rudolf *Burger/Egon Matzner/Anton Pelinka/Heinz Steinert/Elisabeth Wiesbauer* (Hg.): Verarbeitungsmechanismen der Krise, Wien, 113–141.

AUTOREN

Martin DOLEZAL, Studium der Politikwissenschaft in Wien, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Habilitand am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München. Forschungsschwerpunkte: Parteien und Wahlverhalten.

Aktuelle Publikationen: Globalisierung, neue Konfliktlinien und die Position der Grünen. Eine Analyse am Beispiel Deutschlands, in: Uwe Jun, Henry Kreikenbom und Viola Neu (Hg.) (2006): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt, 97–116; Wien blieb rot. Landtagswahlkämpfe in Wien 1945–1969, in: Herbert Dachs (Hg.) (2006): Zwischen Wettbewerb und Konsens. Landtagswahlkämpfe in Österreichs Bundesländern 1945–1970, Wien, 407–454; gemeinsam mit Hanspeter Kriesi, Edgar Grande, Romain Lachat, Simon Bornschieer und Timotheos Frey (2006). Globalization and the transformation of the national political space:

six European countries compared, in: *European Journal of Political Research*, 45(6), 921–956.

Kontakt: Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft, Oettingenstr. 67, D-80538 München.

E-Mail: martin.dolezal@lrz.uni-muenchen.de

Swen HUTTER, Studium der Politikwissenschaft, der Publizistik und des Völkerrechts in Zürich, seit 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München. Forschungsschwerpunkte: Soziale Bewegungen und Protestverhalten.

Kontakt: Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft, Oettingenstr. 67, D-80538 München.

E-Mail: hutter@lrz.uni-muenchen.de